

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. einschließlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postämter, Postämter und Zeitungsvertriebsstellen sind angeschlossen. In den Orten, in denen keine Zeitungsvertriebsstellen sind, ist die Zustellung durch den Postboten zu bewerkstelligen. Anzeigenpreis: Die 5. Spalte 20 Kpf., die 6. Spalte 15 Kpf., die 7. Spalte 10 Kpf., die 8. Spalte 5 Kpf. für die ersten 10 Zeilen. Mehrspaltige Anzeigen werden nach Möglichkeit in die 5. Spalte eingegeben. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 230 — 91. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Freitag, den 30. September 1932

Zurück aus Genf.

Man sollte nicht nur auf den Völkerbund schelten! Er hat nämlich vor einiger Zeit einen sehr vernünftigen Beschluß gefaßt, und — was für Genfer Beschlüsse nicht immer, sogar recht selten zutrifft — er hat ihn sogar ausgeführt. Den Beschluß also, künftig nicht mehr zweimal im Jahre zusammenzutreten, sondern sich mit einer einmaligen Jahresversammlung zu begnügen. Zwar entging dadurch einmal im Jahr den zahlreichen „Vollvertretern“, die allerdings hier ausschließlich von ihren Regierungen delegiert werden, die Gelegenheit zu einer ebenso schönen wie kostenlosen Frühlingstour nach den Gestaden des Genfer Sees, aber die von den Völkern zu tragenden Kosten entsprachen doch gar zu wenig der dort geleisteten Arbeit, die im wesentlichen eine solche der Sprech- und Musikanten war. Und

„Den Göttern ein Verdruf,
Den Menschen kein Genuß,
Ist solch ein uferlos ergoff'ner Wörterfluß“

heißt's schon in der Brahmanen-Weisheit Rüderts, der allerdings von modernen Konferenzen noch keine Ahnung hat besitzen können.

Der oben erwähnte Beschluß des Völkerbundes hätte sich, ohne den Menschen viel Verdruf zu bereiten, noch dahin ausweiten lassen, diesmal ruhig auch die üblich gebliebene Herbsttagung abzusagen. Blätscherte doch in den Verhandlungen der diesjährigen Tagung der Wörterfluß in völliger Bedeutungslosigkeit dahin. Alle Dinge von solcher Bedeutung wie z. B. der chinesisch-japanische Mandchurenkonflikt wurden ihm sorgfältig ferngehalten, und von der Eröffnungsszene des diesjährigen Präsidenten De Valera bis zu den Ausführungen Herriots unterhielt man sich darüber, ob man nun wirklich bedeutungslos sei oder nicht. De Valera bejahte das mit der ganz undiplomatischen Offenherzigkeit eines kampferfahrenen Kampfmannes, während Herriot natürlich dieses in Versailles geborene Kindlein gar nicht genug loben und empfehlen konnte. Schließlich lobt und empfiehlt ja jeder Krämer seine Ware!

Aber diesmal hat man es in Genf nicht einmal dazu gebracht, daß die „hohe Versammlung“ des Völkerbundes ihre Hauptaufgabe erfüllt, nämlich in „Selegenheit“ zu machen, die Kulisen abzugeben, hinter denen sich die mehr oder weniger unangenehmen Verhandlungen der Staatsmänner einiger europäischer Großmächte abspielen. Eine Gelegenheit also, der Tagung vorhergehende allzu grelle Dissonanzen zwischen den Regierungen in sanftere Klänge umstimmen zu lassen, einen gereizten Noten- oder Redewechsel in eine direkte Aussprache der Beteiligten überzuführen. Veranlassung dazu lag diesmal besonders reichlich vor und man hatte auch wirklich die Erwartung ausgesprochen, es würde in Genf die unerhört scharfe Ausprägung vor allem der deutsch-französischen „Beziehungen“ irgendwie durch eine persönliche Annäherung zwischen dem deutschen Außenminister und Herriot ein wenig gemildert werden können. Henderson, der arme Präsident der Abrüstungskonferenz, sogar Englands Außenminister Sir Simon versuchten auch einiges nach jener Richtung hin, aber die mitten in diese Besprechungen hineinplagende Sonntags-Nachmittags-Rede Herriots machte praktisch alles überflüssig und besonders eine persönliche Aussprache zwischen dem deutschen und dem französischen Außenminister, also Herriot. Man hat sich viel mehr gegenseitig „geschritten“, der Reichskanzler selbst antwortete von Berlin aus auf die Rede Herriots, und Herr von Neurath ist aus Genf zurückgereist, ehe der französische Ministerpräsident dort, wie vorher angekündigt, das Rednerpult bestieg.

Es bleibt also nunmehr allein der Intelligenz der Diplomaten überlassen, jenes „eh“ in ein „obwohl“ oder in ein „gerade weil“ umzuwandeln; denn für Diplomaten ist bekanntlich schon jedes Mißverständnis „bedeutungsvoll“ — wie viel mehr also ein Wort oder gar eine Tat! Aus manchen Sätzen der Rede Herriots mag man auch herauslesen, daß der nach Berlin abgereiste Außenminister sozusagen wie Banquo's Geist im Genfer Verhandlungsraum saß, ohne allerdings Macbeth-Herriot in Aufregung zu bringen. Denn der hatte die Gewißheit, daß „grundsätzlich“ auch England und Italien — außer Amerika — den deutschen Versuch mißbilligt hatten, in der Abrüstungs- und Gleichberechtigungsfrage zu Sonderverhandlungen mit Frankreich zu kommen. Und schließlich wußte Herriot auch, daß er den wortepitaphischen Delegationen einen ihn nicht loslassenden Gefallen tat, wenn er ihre „Bedeutung“ mit überzeugtem Brustton priest. Wie sagt doch schon im „Faust“ Mephistopheles: „An Worte läßt sich trefflich glauben.“

Neurath berichtet über Genf.

Das Reichskabinett nahm einen Bericht des Reichsaußenministers von Neurath über die Genfer Tagung entgegen und billigte einstimmig die Haltung des deutschen Delegationsführers. Sodann beriet das Reichskabinett eine Reihe von Wirtschafts- und Verwaltungsfragen.

Deutschland und Frankreich.

Große Aussprache in Genf.

Die deutsch-französischen Beziehungen vor dem Völkerbund. Nach der allgemeinen Interesslosigkeit der letzten Tage zeigte der Sitzungsfaal des Völkerbundes am Donnerstag wieder das Bild früherer großer Tage. Die Vände der Abgeordneten waren völlig besetzt. Diplomaten-, Publikums- und Presserubriken waren bis auf den letzten Platz gefüllt. Präsident Herriot gab gleich zu Beginn der Sitzung Herriot das Wort, der u. a. ausführte: Frankreich wünsche in der Hauptausprache von neuem seine Treue zum Völkerbund zu bekunden, um so mehr, als in diesem Jahr vom Genfer See ein eisiger Wind des Pessimismus

ausgehe. Frankreich wolle die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf alles das lenken, was der Völkerbund bisher geleistet habe. Der Völkerbund habe die Abrüstungskonferenz geschaffen; er habe die Locarno-Konferenz ermöglicht, er habe ferner die Locarno-Konferenz angeregt, die internationale Schiedsgerichtsbarkeit geschaffen und schließlich das System des allgemeinen Schiedsgerichtsweffens ausgebaut. Der brennende Punkt des öffentlichen Lebens sei gegenwärtig

die Abrüstungsfrage.

Er hatte es nicht für zweckmäßig, sämtliche Schwierigkeiten der Abrüstungskonferenz aufzuzählen, um die Gegensätze nicht noch zu verschärfen. Die großen Schwierigkeiten in der Abrüstungsfrage müßten mit Vorsicht behandelt werden, weil das Schicksal des Völkerbundes auf dem Spiele stehe. Frankreich habe aber den Mut, alle diese Fragen zu lösen. Der Erfolg der Abrüstungskonferenz werde entscheidend für die allgemeine Ruhe sein. Es handle sich um die Frage der Entwurzelung des tausendjährigen Übels des Krieges. Für diese Frage müßte jetzt eine universelle Lösung gefunden werden, auf die Frankreich seit jeher entscheidenden Wert lege. Trotz aller Kritik und andersartiger Auffassungen seien die Arbeiten der Abrüstungskonferenz zweifellos nicht ohne Erfolg geblieben. Eine neue Ordnung müsse geschaffen werden. Mit erhobener Stimme rief Herriot: „Frankreich will den Völkerbundpakt, nichts als den Völkerbundpakt, den vollen Völkerbundpakt. Frankreich fordert diesen Pakt und fordert das Recht!“

Der Redner wies dann rüchschmend auf die Bedeutung des Hoover-Planes hin, lobte die Initiative der amerikanischen Regierung, auf deren Erfolg er vertraue, und ging schließlich auf wirtschaftliche Fragen ein. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen stellte Herriot fest, daß der Völkerbund zwei entscheidende Ergebnisse erzielt habe: die Unterdrückung der Geheimdiplomatie und das Ende der großen Allianzen der Vorkriegszeit. Herriot schloß, alle Nationen seien im Völkerbund auf dem gleichen Fuße zu behandeln. Der Völkerbund habe zwar bisher die Macht noch nicht völlig ausgeschaltet, müsse aber jetzt ein Rechtssystem schaffen, damit an Stelle der Macht das Recht trete.

Politisch wichtigere Ausführungen als Herriot machte

der Vertreter Englands, Lord Cecil, der sehr offen über die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sprach. Auch Cecil verteidigte zunächst den Völkerbund gegen alle Angriffe und bekannte sich als uneingeschränkter Anhänger des Bundes. Der Völkerbund habe entscheidende Verdienste um den Weltfrieden; seine Erfolge auf allen Gebieten seien außerordentlich groß. Vorwürfe müßten nicht gegen den Völkerbund, sondern gegen seine Mitglieder gerichtet werden. Cecil bezeichnete die Lausanner Konferenz als den ersten Schritt für den Wiederaufbau der Welt, begrüßte die Eröffnungsrede de Valeras und ging nach einer schlichten Verhandlung des Streitfalles zwischen Bolivien und Paraguay unmittelbar auf die deutsch-französischen Beziehungen über.

Die gespannten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich seien erstler als alle anderen Streitfälle. Eine Einigung zwischen diesen beiden großen Mächten würde die heutige Unruhe und Sorge zu einem entscheidenden Teil beseitigen. Er habe nicht die Absicht, an einer der beiden Mächte Kritik zu üben. Niemand bezweifle jedoch, daß, wenn die Politik dieser beiden Mächte in voller Übereinstimmung mit den von ihnen angenommenen Grundsätzen des Völkerbundes geführt würde, automatisch alle Schwierigkeiten und Gegensätze anshören würden. Alle Mächte müßten heute fordern, daß diese beiden Staaten sich auf den Boden des Völkerbundvertrages stellen. Der Frieden könne nicht gesichert werden ohne den entscheidenden Willen zum Frieden. Lord Cecil forderte die beiden Regierungen auf, in Zukunft ihre Politik mit dem Völkerbundvertrag in Einklang zu bringen. Er ging sodann zur Abrüstungsfrage über.

Die Regierungen ständen heute vor der Entscheidung, ob sie Krieg oder Frieden wollten. In der ganzen Welt werde heute die Frage erwoogen, ob die Regierungen tatsächlich die Abrüstung wollten. Gerade die Mächte mit großen See- und Landrüstungen müßten sich zu einer ehrlichen Abrüstung bekennen. Wenn die Abrüstungskonferenz zu einem Misserfolg führen sollte, dann würde die Welt unweigerlich nicht nur zu den Zuständen der Vorkriegszeit zurückkehren, sondern es würde eine weit schlimmere und gefährlichere Lage Platz greifen. Die Regierungen würden damit offen zugeben, daß sie nicht den Frieden, sondern den Krieg wollten.

Der italienische Delegierte Baron Aioisi sprach über

Abrüstung und Wirtschaftskrise,

die zwei Themen, über die Italiens Außenpolitik ganz präzise und klare Gedanken verfolgt. Italien sei fest entschlossen, zum Ziele der Abrüstung zu gelangen. In der Wirtschaftskrise müsse endlich begriffen werden, daß das Leben der Völker sich heute in viel breiterem Rahmen abwickelt, und daß die Regierungen dieser Tatsache einfach Rechnung zu tragen haben. Es könne nicht so bleiben, daß jeder Staat sich bemühe, die Folgen der Wirtschaftskrisen möglichst von sich abzuwenden und auf andere fallen zu lassen, denn damit verschärft jeder die Krise nur, und das ist eine Schraube ohne Ende, unter der alle leiden.

Reichstagsdurchsuchung verfassungswidrig?

Die Feststellungen des Polizeiuntersuchungsausschusses.

Der Polizeiuntersuchungsausschuss des Preussischen Landtags nahm nach Beendigung der Aussprache über den Schlußbericht des Berichterstatters Müller-Halle (Soz.) in Sachen der Reichstagsdurchsuchung mit allen übrigen gegen die Stimmen der Deutschnationalen eine Reihe von Feststellungen an. U. a. wird betont, die Durchsuchung des Reichstagsgebäudes stelle einen Verstoß gegen Artikel 38 der Reichsverfassung dar, für den die kommissarische Staatsregierung die volle Verantwortung trage.

Dann wurde noch ein Antrag der nationalsozialistischen Mitglieder des Ausschusses mit allen übrigen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen, der fordert, daß die Schlußfeststellung des Ausschusses dem Landtagspräsidenten mit der ausdrücklichen Bitte um Übermittlung an den Reichspräsidenten zugeleitet werden soll.

Polnisch-französischer Unverschämtheit.

In seiner Propaganda für die Wiedertwahl Polens in den Völkerbundsrat geht das von französisch-polnischer Seite finanzierte „Journal de Nations“ so weit, den ständigen Sitz Deutschlands im Völkerbundsrat als einen Skandal zu bezeichnen. Das Blatt verlangt als Gegenleistung die Wahl Polens in den Rat, obwohl das internationale Ansehen Polens seit den unglücklichen Vorgängen in der Ukraine und Oberschlesien zweifellos stark gelitten hat.

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 30. September. Das Kabinett hat sich nach dem Schluß der außenpolitischen Beratungen noch mit Wirtschafts- und Verwaltungsfragen beschäftigt. Es wurde, wie der „Volkswagen“ erzählt, kurz über das seit Jahren schwebende Problem neuer Richtlinien für die mittlere Beamtenlaufbahn gesprochen weiter über die vom Reichskanzler in seiner letzten Rundfunkrede wegen Ersparnismaßnahmen gemachten Vorschläge, die das Kabinett durchführen wird. Außerdem sind die von Dr. Gerede gemachten Vorschläge erörtert worden, bei denen es sich um Pläne zur Kreditbeschaffung und Arbeitsbeschaffung handelt, die die steuerliche Kraft der kleinen Gemeinden heranziehen wollen. Mit dem Gerede-Plan soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß die Wohlfahrtserwerbslosen von den Gemeinden Beschäftigung erhalten. Die Beratungen über diese Pläne sind noch nicht abgeschlossen.

Herriot vermittelt zwischen Rußland und Rumänien.

Ministerpräsident Herriot empfing nacheinander die Außenminister der Türkei und Südslawiens, ferner den Vertreter Rumaniens und den sowjetrussischen Außenkommissar Litwinow. Die Unterredung Herriots mit Litwinow dauerte über eine Stunde.

Herriot erklärte nach den Unterredungen, daß er in den Besprechungen mit den Vertretern Rußlands und Rumaniens in der Frage des Nichtangriffsvertrages zwischen diesen beiden Ländern versucht habe, eine Angleichung herbeizuführen.